

Rosa Luxemburg
Gesammelte Werke, Bd. 2, S. 163 – 170
Dietz Verlag Berlin, 1972 ff

Massenstreik, Partei und Gewerkschaften

VIII

[...]

Das starke Wachstum der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland im Laufe der letzten 15 Jahre, besonders in der Periode der wirtschaftlichen Hochkonjunktur 1895–1900, hat von selbst eine große Verselbständigung der Gewerkschaften, eine Spezialisierung ihrer Kampfmethoden und ihrer Leitung und endlich das Aufkommen eines regelrechten gewerkschaftlichen Beamtenstandes mit sich gebracht. All diese Erscheinungen sind ein vollkommen erklärliches und natürliches geschichtliches Produkt des fünfzehnjährigen Wachstums der Gewerkschaften, ein Produkt der wirtschaftlichen Prosperität und der politischen Windstille in Deutschland. Sie sind, wenn auch von gewissen Übelständen unzertrennlich, doch zweifellos ein historisch notwendiges Übel. Allein die Dialektik der Entwicklung bringt es eben mit sich, daß diese notwendigen Förderungsmittel des gewerkschaftlichen Wachstums auf einer gewissen Höhe der Organisation und bei einem gewissen Reifegrad der Verhältnisse in ihr Gegenteil, in Hemmnisse des weiteren Wachstums umschlagen.

Die Spezialisierung ihrer Berufstätigkeit als gewerkschaftlicher Leiter sowie der naturgemäß enge Gesichtskreis, der mit den zersplitterten ökonomischen Kämpfen in einer ruhigen Periode verbunden ist, führen bei den Gewerkschaftsbeamten nur zu leicht zum Bürokratismus und zu einer gewissen Enge der Auffassung. Beides äußert sich aber in einer

ganzen Reihe von Tendenzen, die für die Zukunft der gewerkschaftlichen Bewegung selbst höchst verhängnisvoll werden könnten. Dahin gehört vor allem die Überschätzung der Organisation, die aus einem Mittel zum Zweck allmählich in einen Selbstzweck, in ein höchstes Gut verwandelt wird, dem die Interessen des Kampfes untergeordnet werden sollen. Daraus erklärt sich auch jenes offen zugestandene Ruhebedürfnis, das vor einem größeren Risiko und vor vermeintlichen Gefahren für den Bestand der Gewerkschaften, vor der Ungewißheit größerer Massenaktionen zurückschreckt, ferner die Überschätzung der gewerkschaftlichen Kampfweise selbst, ihrer Aussichten und ihrer Erfolge. Die beständig von dem ökonomischen Kleinkrieg absorbierten Gewerkschaftsleiter, die es zur Aufgabe haben, den Arbeitermassen den hohen Wert jeder noch so geringen ökonomischen Errungenschaft, jeder Lohnerhöhung oder Verkürzung der Arbeitszeit plausibel zu machen, kommen allmählich dahin, daß sie selbst die größeren Zusammenhänge und den Überblick über die Gesamtlage verlieren. Nur dadurch kann erklärt werden, daß manche Gewerkschaftsführer z. B. mit so großer Genugtuung auf die Errungenschaften der letzten 15 Jahre, auf die Millionen Mark Lohnerhöhungen hinweisen, anstatt umgekehrt den Nachdruck auf die andere Seite der Medaille zu legen: auf die gleichzeitig stattgefundene ungeheure Herabdrückung der proletarischen Lebenshaltung durch den Brotwucher, durch die gesamte Steuer- und Zollpolitik, durch den Bodenwucher, der die Wohnungsmieten in so exorbitanter Weise in die Höhe getrieben hat, mit einem Wort, auf all die objektiven Tendenzen der bürgerlichen Politik, die jene Errungenschaften der 15jährigen gewerkschaftlichen Kämpfe zu einem großen Teil wieder wettmachen. Aus der *ganzen* sozialdemokratischen Wahrheit, die neben der Betonung der Gegenwartarbeit und ihrer absoluten Notwendigkeit das Hauptgewicht auf die *Kritik* und die Schranken dieser Arbeit legt, wird so die *halbe* gewerkschaftliche Wahrheit zurechtgestutzt, die nur das Positive des Tageskampfes hervorhebt. Und schließlich wird aus dem Verschweigen der dem gewerkschaftlichen Kampfe gezogenen objektiven Schranken der bürgerlichen Gesellschaftsordnung eine direkte Feindseligkeit gegen jede theoretische Kritik, die auf diese

Schranken im Zusammenhang mit den Endzielen der Arbeiterbewegung hinweist. Die unbedingte Lobhudelei, der grenzenlose Optimismus werden zur Pflicht jedes „Freundes der Gewerkschaftsbewegung“ gemacht. Da aber der sozialdemokratische Standpunkt gerade in der Bekämpfung des kritiklosen gewerkschaftlichen Optimismus ganz wie in der Bekämpfung des kritiklosen parlamentarischen Optimismus besteht, so wird schließlich gegen die sozialdemokratische Theorie selbst Front gemacht: Man sucht tastend nach einer „neuen gewerkschaftlichen Theorie“, d. h. nach einer Theorie, die den gewerkschaftlichen Kämpfen im Gegensatz zur sozialdemokratischen Lehre auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung ganz unbeschränkte Perspektiven des wirtschaftlichen Aufstiegs eröffnen würde. Eine solche Theorie existiert freilich schon seit geraumer Zeit: Es ist dies die Theorie von Prof. *Sombart* [3], die ausdrücklich mit der Absicht aufgestellt wurde, einen Keil zwischen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie in Deutschland zu treiben und die Gewerkschaften auf bürgerlichen Boden hinüberzulocken.

Im engen Zusammenhang mit diesen theoretischen Tendenzen steht ein Umschwung im Verhältnis der Führer zur Masse. An Stelle der kollegialen Leitung durch lokale Kommissionen mit ihren zweifellosen Unzulänglichkeiten tritt die geschäftsmäßige Leitung des Gewerkschaftsbeamten. Die Initiative und die Urteilsfähigkeit werden damit sozusagen zu seiner Berufsspezialität, während der Masse hauptsächlich die mehr passive Tugend der Disziplin obliegt. Diese Schattenseiten des Beamtentums bergen sicherlich auch für die Partei bedeutende Gefahren in sich, die sich aus der jüngsten Neuerung, aus der Anstellung der lokalen Parteisekretäre, sehr leicht ergeben können, wenn die sozialdemokratische Masse nicht darauf bedacht sein wird, daß die genannten Sekretäre reine Vollziehungsorgane bleiben und nicht etwa als die berufenen Träger der Initiative und der Leitung des lokalen Parteilebens betrachtet werden. Allein dem Bürokratismus sind in der Sozialdemokratie durch die Natur der Sache, durch den Charakter des politischen Kampfes selbst engere Grenzen gezogen als im Gewerkschaftsleben. Hier bringt gerade die technische

Spezialisierung der Lohnkämpfe, z.B. der Abschluß von komplizierten Tarifverträgen und dergleichen, mit sich, daß der Masse der Organisierten häufig „der Überblick über das gesamte Gewerbsleben“ abgesprochen und damit ihre Urteilsunfähigkeit begründet wird. Eine Blüte dieser Auffassung ist namentlich auch die Argumentation, mit der jede theoretische Kritik an den Aussichten und Möglichkeiten der Gewerkschaftspraxis verpönt wird, weil sie angeblich eine Gefahr für die gewerkschaftsfromme Gesinnung der Masse darstelle. Es wird dabei von der Ansicht ausgegangen, daß die Arbeitermasse nur bei blindem, kindlichem Glauben an das Heil des Gewerkschaftskampfes für die Organisation gewonnen und erhalten werden könne. Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die gerade auf der Einsicht der Masse in die Widersprüche der bestehenden Ordnung und in die ganze komplizierte Natur ihrer Entwicklung, auf dem kritischen Verhalten der Masse zu allen Momenten und Stadien des eigenen Klassenkampfes ihren Einfluß basiert, wird der Einfluß und die Macht der Gewerkschaften nach dieser verkehrten Theorie auf der Kritik- und Urteilslosigkeit der Masse gegründet. „Dem Volke muß der Glaube erhalten werden“ – dies der Grundsatz, aus dem heraus manche Gewerkschaftsbeamten alle Kritik an den objektiven Unzulänglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung zu einem Attentat auf diese Bewegung selbst stempeln. Und endlich ein Resultat dieser Spezialisierung und dieses Bürokratismus unter den Gewerkschaftsbeamten ist auch die starke Verselbständigung und die „Neutralität“ der Gewerkschaften gegenüber der Sozialdemokratie. Die äußere Selbständigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hat sich mit ihrem Wachstum als eine natürliche Bedingung ergeben, als ein Verhältnis, das aus der technischen Arbeitsteilung zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Kampfform erwächst. Die „Neutralität“ der deutschen Gewerkschaften kam ihrerseits als ein Produkt der reaktionären Vereinsgesetzgebung [4], des preußisch-deutschen Polizeistaates auf. Mit der Zeit haben beide Verhältnisse ihre Natur geändert. Aus dem polizeilich erzwungenen Zustand der politischen „Neutralität“ der Gewerkschaften ist nachträglich eine Theorie ihrer freiwilligen Neutralität als einer angeblich in der Natur des

Gewerkschaftskampfes selbst begründeten Notwendigkeit zurechtgemacht worden. Und die technische Selbstständigkeit der Gewerkschaften, die auf praktischer Arbeitsteilung innerhalb des einheitlichen sozialdemokratischen Klassenkampfes beruhen sollte, ist in die Lostrennung der Gewerkschaften von der Sozialdemokratie, von ihren Ansichten und von ihrer Führung, in die sogenannte „Gleichberechtigung“ mit der Sozialdemokratie umgewandelt.

Dieser Schein der Lostrennung und der Gleichstellung der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie wird aber hauptsächlich in den Gewerkschaftsbeamten verkörpert, durch den Verwaltungsapparat der Gewerkschaften genährt. Äußerlich ist durch die Nebenexistenz eines ganzen Stabes von Gewerkschaftsbeamten, einer gänzlich unabhängigen Zentrale, einer zahlreichen Berufspresse und endlich der gewerkschaftlichen Kongresse der Schein einer völligen Parallelität mit dem Verwaltungsapparat der Sozialdemokratie, dem Parteivorstand, der Parteipresse und den Parteitagen geschaffen. Diese Illusion der Gleichstellung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften hat auch u. a. zu der monströsen Erscheinung geführt, daß auf den sozialdemokratischen Parteitagen und den gewerkschaftlichen Kongressen zum Teil ganz analoge Tagesordnungen behandelt und zu derselben Frage verschiedene, ja direkt entgegengesetzte Beschlüsse gefaßt werden. Aus der natürlichen Arbeitsteilung zwischen dem Parteitag, der die allgemeinen Interessen und Aufgaben der Arbeiterbewegung vertritt, und den Gewerkschaftskonferenzen, die das viel engere Gebiet der speziellen Fragen und Interessen des beruflichen Tageskampfes behandeln, ist der künstliche Zwiespalt zwischen einer angeblichen gewerkschaftlichen und einer sozialdemokratischen Weltanschauung in bezug auf dieselben allgemeinen Fragen und Interessen der Arbeiterbewegung konstruiert worden. [2*]

So hat sich der eigenartige Zustand herausgebildet, daß dieselbe Gewerkschaftsbewegung, die mit der Sozialdemokratie unten, in der breiten proletarischen Masse, vollständig eins ist, oben, in dem Verwaltungsüberbau, von der Sozialdemokratie schroff abspringt und

sich ihr gegenüber als eine unabhängige zweite Großmacht aufrichtet. Die deutsche Arbeiterbewegung bekommt dadurch die eigentümliche Form einer Doppelpyramide, deren Basis und Körper aus einem Massiv besteht, deren beide Spitzen aber weit auseinanderstehen.

Es ist aus dem Dargelegten klar, auf welchem Wege allein in natürlicher und erfolgreicher Weise jene kompakte Einheit der deutschen Arbeiterbewegung geschaffen werden kann, die im Hinblick auf die kommenden politischen Klassenkämpfe sowie im eigenen Interesse der weiteren Entwicklung der Gewerkschaften unbedingt notwendig ist. Nichts wäre verkehrter und hoffnungsloser, als die erstrebte Einheit auf dem Wege sporadischer oder periodischer Verhandlungen über Einzelfragen der Arbeiterbewegung zwischen der sozialdemokratischen Parteileitung und der gewerkschaftlichen Zentrale herstellen zu wollen. Gerade die obersten Organisationsspitzen der beiden Formen der Arbeiterbewegung verkörpern, wie wir gesehen, ihre Trennung und Verselbständigung in sich, sind also selbst Träger der Illusion von der „Gleichberechtigung“ und der Parallelexistenz der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Einheit der beiden durch die Verbindung des Parteivorstandes und der Generalkommission herstellen zu wollen, hieße eine Brücke gerade dort zu bauen, wo der Abstand am weitesten und der Übergang am schwersten ist. [3*] [5] Nicht oben, in den Spitzen der Organisationsleitungen und ihrem föderativen Bündnis, sondern unten, in der organisierten proletarischen Masse, liegt die Gewähr für die wirkliche Einheit der Arbeiterbewegung. Im Bewußtsein der Million Gewerkschaftsmitglieder sind Partei und Gewerkschaft tatsächlich *eins*, sie sind nämlich der *sozialdemokratische* Emanzipationskampf des Proletariats in verschiedenen Formen. Und daraus ergibt sich auch von selbst die Notwendigkeit zur Beseitigung jener Reibungen, die sich zwischen der Sozialdemokratie und einem Teil der Gewerkschaften ergeben haben, ihr gegenseitiges Verhältnis dem Bewußtsein der proletarischen Masse anzupassen, *d. h., die Gewerkschaften der Sozialdemokratie wieder anzugliedern*. Es wird damit nur die Synthese der tatsächlichen Entwicklung zum Ausdruck gebracht, die von der

ursprünglichen Inkorporation der Gewerkschaften zu ihrer Ablösung von der Sozialdemokratie geführt hatte, um nachher durch die Periode des starken Wachstums sowohl der Gewerkschaften wie der Sozialdemokratie die kommende Periode großer proletarischer Massenkämpfe vorzubereiten, damit aber die Wiedervereinigung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im Interesse beider zur Notwendigkeit zu machen.

Es handelt sich dabei selbstverständlich nicht etwa um die Auflösung des ganzen jetzigen gewerkschaftlichen Aufbaues in der Partei, sondern es handelt sich um die Herstellung jenes natürlichen Verhältnisses zwischen der Leitung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, zwischen Parteitag und Gewerkschaftskongressen, das dem tatsächlichen Verhältnis zwischen der Arbeiterbewegung im ganzen und ihrer gewerkschaftlichen Teilerscheinung entspricht. Ein solcher Umschwung wird, wie es nicht anders gehen kann, eine heftige Opposition eines Teils der Gewerkschaftsführer hervorrufen. Allein es ist hohe Zeit, daß die sozialdemokratische Arbeitermasse lernt, ihre Urteilsfähigkeit und Aktionsfähigkeit zum Ausdruck zu bringen und damit ihre Reife für jene Zeiten großer Kämpfe und großer Aufgaben darzutun, in denen sie, die Masse, der handelnde Chorus, die Leitungen nur die „sprechenden Personen“, d. h., die Dolmetscher des Massenwillens sein sollen.

Die Gewerkschaftsbewegung ist nicht das, was sich in den vollkommen erklärlichen, aber irrtümlichen Illusionen einer Minderheit der Gewerkschaftsführer spiegelt, sondern das, was im Bewußtsein der großen Masse der für den Klassenkampf gewonnenen Proletarier lebt. In diesem Bewußtsein ist die Gewerkschaftsbewegung ein Stück der Sozialdemokratie. „Und was sie ist, das wage sie zu scheinen.“

Petersburg, 15. September 1906
Hamburg 1906

Fußnoten

1*. Da das Vorhandensein einer solchen Tendenz innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gewöhnlich geleugnet wird, so muß man die Offenherzigkeit begrüßen, mit der die opportunistische Richtung neulich ihre eigentlichen Ziele und Wünsche formuliert hat. In einer Parteiversammlung in Mainz am 10. September d.J. wurde folgende von Dr. David vorgelegte Resolution angenommen:

In der Erwägung, daß die Sozialdemokratische Partei den Begriff „Revolution“ nicht im Sinne des gewaltsamen Umsturzes, sondern im friedlichen Sinne der Entwicklung, d. h. der allmählichen Durchsetzung eines neuen Wirtschaftsprinzips, auffaßt, lehnt die Mainzer öffentliche Parteiversammlung jede „Revolutionsromantik“ ab.

Die Versammlung sieht in der Eroberung der politischen Macht nichts anderes als die Eroberung der Mehrheit des Volkes für die Ideen und Forderungen der Sozialdemokratie; eine Eroberung, die nicht geschehen kann mit gewaltsamen Mitteln, sondern nur durch die Revolutionierung der Köpfe auf dem Wege der geistigen Propaganda und der praktischen Reformarbeit auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

In der Überzeugung, daß die Sozialdemokratie weit besser gedeiht bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz, lehnt die Versammlung die „*direkte Massenaktion*“ als taktisches Prinzip ab und hält an dem Prinzip der *parlamentarischen Reformaktion* fest, d. h., sie wünscht, daß die Partei nach wie vor ernstlich bemüht ist, *auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen.*

Die fundamentale Voraussetzung dieser reformatorischen Kampfesmethode ist freilich, daß die *Möglichkeit der Anteilnahme der besitzlosen Volksmasse an der Gesetzgebung* im Reiche und in den Einzelstaaten nicht verkürzt, sondern bis zur *vollen Gleichberechtigung* erweitert wird. Aus diesem Grunde hält es die Versammlung für ein unbestreitbares Recht der Arbeiterschaft, zur Abwehr von Attentaten auf ihre gesetzlichen Rechte sowie zur Erringung weiterer Rechte,

wenn alle anderen Mittel versagen, auch die Arbeit für kürzere oder längere Dauer zu verweigern.

Da der politische Massenstreik aber nur dann siegreich für die Arbeiterschaft durchgeführt werden kann, wenn er sich *in streng gesetzlichen Bahnen hält* und seitens der Streikenden kein berechtigter Anlaß zum Eingreifen der bewaffneten Macht geboten wird, so erblickt die Versammlung die einzig notwendige und wirksame Vorbereitung auf den Gebrauch dieses Kampfmittels in dem weiteren Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation. Denn nur dadurch können die Voraussetzungen in der breiten Volksmasse geschaffen werden, die den erfolgreichen Verlauf eines Massenstreiks garantieren: zielbewußte Disziplin und einen geeigneten wirtschaftlichen Rückhalt. (Anm. – R.L.)

2*. Im ursprünglichen Manuskript wurde folgendes hier eingefügt „ Ist aber dieser abnorme Zustand einmal geschaffen, so hat er die natürliche Tendenz, sich immer weiter auszuwachsen und zu verschärfen. Nunmehr, seit die Unsitte der parallelen Tagesordnungen der Gewerkschaftskongresse und der Parteitage aufgekommen, ist die Existenz selbst der Gewerkschaftskongresse ein natürlicher Anreiz zur immer stärkeren Abgrenzung und Abrückung von der Sozialdemokratie. Um die eigene „Selbständigkeit“ vor sich und anderen zu dokumentieren, um nicht bei einer einfachen Wiederholung der Stellungnahme der Parteitage etwa die eigene Überflüssigkeit oder Unterwürfigkeit zu beweisen, müssen die Gewerkschaftskongresse – die ja, wie bekannt, hauptsächlich Beamtenkongresse sind – instinktiv das Trennende, das „spezifisch Gewerkschaftliche“ hervorzukehren suchen. Ebenso führt nunmehr das Bestehen selbst einer parallelen unabhängigen Zentraleitung der Gewerkschaften psychologisch dazu, auf Schritt und Tritt die eigene Unabhängigkeit gegenüber der Leitung der Sozialdemokratie fühlbar zu machen, jeden Kontakt mit der Partei vor allem vom Standpunkte der „Kompetenzgrenzen“ ins Auge zu fassen.

3*. Im ursprünglichen Manuskript wurde folgendes hier eingefügt „ Sollte diese Art der Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften, das jedesmalige Verhandeln von Großmacht zu Großmacht, zum System werden, so wäre das nichts anderes als gerade die Heiligsprechung jenes föderativen Verhältnisses zwischen dem ganzen der proletarischen Klassenbewegung und einer Teilerscheinung dieser Bewegung, das als eine Abnormität zu beseitigen ist. Das diplomatisch-föderative Verhältnis zwischen der

sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Oberinstanz kann nur zu einer immer größeren Entfremdung und Erhaltung der Beziehungen führen, zur Quelle immer neuer Reibungen werden. Und dies liegt in der Natur der Sache. Durch die Form selbst dieses Verhältnisses ist es nämlich gegeben, daß die große Frage der harmonischen Vereinigung der ökonomischen und der politischen Seite des proletarischen Emanzipationskampfes in die winzige Frage eines „freundnachbarlichen“ Verhältnisses zwischen den „Instanzen“ in der Lindenstraße und am Engel-Ufer verwandelt und die großen Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung durch kleinliche Rangrücksichten und Empfindlichkeiten verdeckt werden. Die erste Probe mit der diplomatischen Instanzenmethode, die Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission in Sachen des Massenstreiks haben bereits ausreichende Belege für das Hoffnungslose dieses Verfahrens geliefert. Und wenn von der Generalkommission neulich erklärt worden ist, daß Rücksprachen zwischen ihr und dem Parteivorstand in einzelnen Fällen bereits mehrmals, bald von dieser, bald von anderer Seite, nachgesucht wurden und auch stattgefunden haben, so mag diese Versicherung vom Standpunkte der gegenseitigen Etikette sehr beruhigend und erhebend wirken; die deutsche Arbeiterbewegung jedoch, die angesichts der kommenden ernstesten Zeiten alle Probleme ihres Kampfes etwas tiefer erfassen muß, hat allen Grund, dieses chinesische Mandarinentum auf die Seite zu schieben und die Lösung der Aufgabe dort zu suchen, wo sie von selbst durch die Verhältnisse gegeben ist.

Anmerkungen

1. Vorwärts: sozialdemokratische Tageszeitung; ab 1891 Zentralorgan der SPD; 1933 von den Nazis verboten; erschien gelegentlich im Exil; heute interne monatliche Zeitung für Mitglieder der SPD.

2. Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften: 1868 gegründet, um den Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu beschränken; Gegner des Klassenkampfes; Befürworter der Selbsthilfe; einzige Gewerkschaften, die

nicht unter dem Sozialistengesetz verboten wurden; ihr Einfluß in der Arbeiterklasse war aber relativ gering.

3. *Werner Sombart* (1863–1941): Ökonom und Soziologe; anfänglich akademischer Marxist; später Spezialist über den Sozialismus und heftiger Gegner der Sozialdemokratie; schrieb 1934 das Buch **Deutscher Sozialismus**, eine Rechtfertigung des Nationalsozialismus.

4. Die *Vereinsgesetzgebung* mit ihrem antidemokratischen Charakter richtete sich vor allem gegen die politischen Vereine der Arbeiterklasse und schränkte das Koalitionsrecht ein. Da in Preußen auch die Gewerkschaften als politische Vereine galten, waren sie ständig von Auflösung bedroht.

5. In der *Lindenstraße* in Berlin hatte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seinen Sitz, am *Engel-Ufer* befand sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.